

# Energiewende: Klimapolitik am Abgrund ODER Klimapolitik ohne Sicherung - WELT

Von Daniel Wetzel Wirtschaftsredakteur

23.01.2019

Das Jahrhundertexperiment Energiewende tritt am kommenden Wochenende in seine heiße und entscheidende Phase. Deutschland macht ernst mit dem Vorhaben, als einziges Industrieland der Welt zeitgleich aus der Kernenergie und der Kohleverstromung auszusteigen.

Den finalen Plan dafür wollen die 31 Mitglieder der [Regierungskommission](#) „Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung“ am Freitagabend beschließen. Es wird kein guter Plan. Er ist teuer, riskant und wird für den Klimaschutz kaum Nutzen bringen.

Geplant ist ein politischer Eingriff in den Energiemarkt, der schwerwiegender und riskanter ist, als es der Beschluss zum Atomausstieg war. Dem Plan zufolge sollen fünf bis zehn Großkraftwerke bis 2022 stillgelegt werden. Danach soll bis 2030 die Hälfte der Kohlekraft abgeschaltet sein, die in diesen Tagen noch rund 50 Prozent des deutschen Strombedarfs deckt.

Exklusiv für Abonnenten

[Ein Bergmann arbeitet auf der Zeche Prosper Haniel in 1250 Meter Tiefe an einem Flöz unter Tage. Prosper Haniel ist das letzte aktive Steinkohle-Bergwerk im Ruhrgebiet](#)

Kraftwerksbetreiber bekommen dafür Milliarden als Entschädigung, die betroffenen Bundesländer und Reviere weitere Milliarden als Anpassungshilfe, die Kohlekumpel Milliarden als Übergangsgeld. Und weil dieser massive staatliche Eingriff ins Marktgeschehen den [Strompreis](#) für alle erhöht, fordert die energieintensive Industrie bis 2030 auch noch eine Kompensation zwischen 14 und 54 Milliarden Euro, damit sie im internationalen Wettbewerb überlebensfähig bleibt. Insgesamt kommen also ziemlich viele Milliarden zusammen. Ist das gut angelegtes Steuergeld?

Eine Kosten-Nutzen-Analyse hat es bislang nicht gegeben. Im Wesentlichen zahlt der Steuerbürger gewaltige Summen für die marginale Beschleunigung eines Kohleausstiegs, der ohnehin längst begonnen hatte und dessen Abschluss bereits in Sichtweite war. Denn ein Großteil der deutschen Braunkohletagebaue wäre auch so bis 2030 „ausgekohlt“, und auch die restlichen Braunkohlevorräte bis spätestens 2050 erschöpft gewesen.

Exklusiv für Abonnenten

[Südlich von Leipzig lag bis in die 70er Jahre Magdeborn. Heute befindet sich dort der Störnthaler See. Der schwimmende Veranstaltungsort Vineta soll an die Dorfkirche erinnern](#)

Die Steinkohlekraftwerke aber drängt der gut funktionierende europäische

Emissionshandel aus dem Markt, ohne dass es noch zusätzlich nationaler Maßnahmen bedürfte. Deutschlands Anteil an den globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen liegt bei gerade einmal zwei Prozent. Wenn die Bundesregierung den Kohleausstieg durch den Einsatz mehrstelliger Milliardensummen auf Kosten der Steuerzahler ein wenig früher herbei zwingt, ist der Klimaschutzeffekt gegen den zugleich massiven Zubau von Kohlekraftwerken in China und Indien kaum messbar.

Ohne nennenswerten Einfluss auf die globale Durchschnittstemperatur kann der deutsche Kohleausstieg seine Berechtigung nur aus seiner Vorbildfunktion gewinnen. Andere Länder sollen ermutigt folgen, wenn eine so große Industrienation den Beweis erbringt, dass eine Dekarbonisierung möglich ist. Fatalerweise erbringt der deutsche Kohleausstieg diesen Beweis gerade nicht.

Einen ganzen Industriezweig praktisch mit Steuergeld aufzukaufen und stillzulegen ist keine Blaupause, der Kohleländer wie Polen, Tschechien, Indien oder Südafrika folgen könnten, selbst wenn sie wollten. Auf der Suche nach Vorbildern schaut die internationale [Klimapolitik](#) deshalb auch nicht mehr nach Deutschland, sondern nach Großbritannien, das durch eine schlanke CO<sub>2</sub>-Bepreisung den Kohleanteil innerhalb weniger Jahre erfolgreich auf ein vorindustrielles Niveau gesenkt hat.

Exklusiv für Abonnenten

### [LEAG Kraftwerk](#)

Solche Vorbehalte gegen den Kohleausstieg sind nicht automatisch Vorbehalte gegen die Energiewende: Wenn erneuerbare Energien mit Hilfe von Speichern und Netzen zu verlässlichen Stromlieferanten ertüchtigt werden können, verdrängen sie die fossilen Kraftwerke mit ihren höheren Produktionskosten ganz von allein. Kohlekraftwerke aber durch staatlichen Eingriff aus dem System zu nehmen, bevor genügend Netze, Speicher und Ökostromlieferanten bereitstehen, reißt nur eine gefährliche Lücke, von der nicht klar ist, ob und wie sie geschlossen werden kann.

Im Notfall auf [Stromimporte](#) aus dem Ausland zu vertrauen, wie es die Bundesregierung explizit tut, ist eine riskante Wette. Schließlich gehen auch in allen Nachbarländern immer mehr konventionelle Kraftwerke vom Netz. Klimaaktivisten und Grünen-Politiker, die aus den Jahresdurchschnittswerten des deutschen Stromexports die Existenz von Überkapazitäten ableiten, haben entweder den Energiemarkt nicht verstanden oder betreiben bewusst Augenwischerei.

## **Mal wieder eine Kommission**

Angela Merkel hat mit dem Einsetzen von Kommissionen gute Erfahrungen gemacht: Schon beim Atomausstieg legitimierte ein mit Vertretern der „Zivilgesellschaft“, Wissenschaftlern und Kirchenleuten besetztes Gremium im Nachhinein die recht einsame Entscheidung der Bundeskanzlerin. Bei der Beantwortung der Frage, ob ein Kohleausstieg erforderlich, angemessen und durchführbar ist, wälzt die Regierungschefin erneut die Verantwortung auf eine bunt gemischte Kommission ab. Doch ob die Rechnung diesmal aufgeht, ist keineswegs sicher.

Denn wenn sich die Kohlekommission auf einen Ausstiegsplan einigt, sollen die Empfehlungen in einem deutschen Klimaschutzgesetz münden. Ein Bundesgesetz zum Klimaschutz aber wäre juristisches Neuland. Im Idealfall gibt ein solches Gesetz der Industrie ebenso wie den Energieerzeugern langfristige Planungssicherheit.

Je nach Ausgestaltung kann das geplante Gesetz aber auch zu einer Waffe in der Hand von Nichtregierungsorganisationen werden, die damit politische Klimaschutzmaßnahmen vor Gericht einklagen. Wie heute bereits bei den [Dieselfahrverboten](#) könnte die deutsche Klimapolitik so in den Händen fachlich überforderter Richter enden.

Exklusiv für Abonnenten

[Die Deutschen sind Autonarren - aber sie sind immer weniger bereit, dafür viel Geld auszugeben](#)

Trotz des hohen fachlichen Niveaus der Kommissionsarbeit wird über das Schlusspapier allerdings noch politisch gefeilscht wie auf dem Basar. Schon droht die Industrie ihre Unterschrift zu verweigern, sollten die milliardenschweren Strompreiskompensationen nicht kommen. Vertreter von Umweltgruppen beharren auf Sofortabschaltungen von Kraftwerken in einem Umfang, die andere Kommissionsmitglieder für verantwortungslos halten.

Dass sich die Kommission am Ende auf einen Fahrplan verständigt, den die Politik als gesellschaftlich akzeptierten Kohlekompromiss verkaufen kann, ist noch nicht sicher. Scheitert die Kohlekommission, stünde die Bundeskanzlerin vor den Trümmern ihrer Klimapolitik.